

Einleitend machte der Vorsitzende deutlich, dass der Jugendhilfeausschuss als sondergesetzlicher Ausschuss Teil des Kreisjugendamtes sei und Wert darauf gelegt werde, eigenständig die Haushaltsmittel für den Jugendamtsbereich anzumelden. Darum ginge es heute. Die Beratung schließe sich in den anstehenden Haushaltsberatungen in den Fraktionen an. Einzeldiskussion und ergänzende Anträge der Fraktionen blieben der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung vorbehalten.

Ltd. KVD Allroggen lobte die Zusammenarbeit zwischen der Politik, der Verwaltung und anderem externen Sachverstand im JHA. Im vergangenen Jahr habe sich das an vielen Stellen bewiesen. Man habe fundierte und offene Diskussionen geführt und in vielen Angelegenheiten zutreffende und Jugend bezogene und Richtung weisende Entscheidungen getroffen. Dies hoffe er weiterhin für die Zukunft. Er danke dem Vorsitzenden und allen Mitgliedern hier im Ausschuss für diese Zusammenarbeit. In 2005 sei die Ausgangsposition nicht allzu positiv gewesen. In den Jahren davor sei die Situation geprägt gewesen von einer Steigerung der Fallzahlen, einer Steigerung von Schwierigkeiten bei einzelnen Aufgabenstellungen und von Kostensteigerungen. Nachträglich könne man sagen, dass die Trennung von Siegburg, Bornheim und Meckenheim in organisatorischer und fachlicher sowie vor allem in personeller Hinsicht gut gelungen sei. Heute könne man feststellen, dass der Übergang fließend erfolgt sei.

Zur Haushaltssituation stellte Ltd. KVD Allroggen fest, KVD´in Schrödl und ihren Mitarbeitern sei es gelungen, die Ausgabensteigerungsentwicklung der Vorjahre zu bremsen und deutlich in Richtung einer Konsolidierung zu arbeiten. Viele Haushaltsansätze seien eingehalten worden. Die Kostensteigerung bei der Heimerziehung mit 200.000 € bei einem Ansatz von 6,8 Mio. € werte er als geringfügig. Im Bereich der Vollzeitpflege seien die Ansätze deutlich unterschritten worden. Ebenfalls unter Ansatz geblieben seien die Ausgaben bei der Eingliederungshilfe nach § 35a, die ein wichtiger und einzelfallbezogener kostenintensiver Bereich sei. Bei der Betriebskostenförderung der Kindergärten schlage allerdings eine Steigerung von 3 % zu Buche. Am Gesamtvolumen im betreffenden Unterabschnitt - Ausgaben von über 30 Mio. € - gemessen sei dies von großer Relevanz. Da es sich um Pflichtaufgaben, die zu erfüllen seien, handle, gäbe es hier kein Einsparpotenzial.

Für 2006 wies Ltd. KVD Allroggen punktuell auf Aufgaben und Planungen des Jugendamtes hin. Die gesellschaftspolitischen Themen dieser Zeit seien u.a. die Arbeitslosigkeit, die Bildung, aber auch die Integration und all dieses sei relevant für das Wohl von Familien und Kindern. Z.B. hätten nach der Januarstatistik 2006 im Rhein-Sieg-Kreis 14.789 Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren Leistungen nach dem SGB II erhalten. Jeder könne sich für diese Kinder die Ausgangssituation und die Folgen ausmalen. Die Themen Arbeitslosigkeit, Bildung, Ausbildung, Berufsausbildung seien Zukunft orientiert und beinhalteten eine enorme soziale Sprengkraft. Es sei für ihn selbstverständlich, dass sich Bund und Land massiv um diese Themen kümmern und Wert darauf legten, dass Politik und Verwaltung stärker zusammen agierten. Nicht zwingend, aber Realität sei, dass Bund und Land diese Aufgaben zunehmend den Kommunen zur eigenen Verantwortung übertragen würden. Als Beispiel sei das SGB II genannt. Ob eine Kommune die Option gewählt habe oder in der Arbeitsgemeinschaft mitarbeite, stehe sie auf jeden Fall stärker in der Verantwortung zur Arbeitslosigkeit und damit auch zur Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 25 Jahren. Die Kommunen hätten zwar wegen der Nähe bessere Möglichkeiten, sie hätten aber auch höhere Finanzrisiken. Gleiches gelte, wenn das Jugendamt dazu aufgefordert sei zu prüfen, wie es jetzt die vorschulische Sprachförderung gestalten könne bzw. gestalten müsste.

In 2006 habe das Jugendamt erhebliche zusätzliche Aufgaben gesetzlicher Art zu bewältigen, Betreuungsangebot für unter Dreijährige, Familienzentren, vorschulische Bildung seien genannt; es werde darüber geredet, Kindergartenplätze für Zweijährige zur Verfügung zu stellen. Dieses Spektrum zeige unabweisbar, dass das Aufgabentableau des Jugendamtes in diesem Jahr garantiert nicht kleiner werde.

Über Änderungen, die sich aus dem Haushalt des Landes auf den Kreis auswirken werden, sei bereits gesprochen worden. Jede Änderung oder Reduzierung von Mitteln, die das Land bisher bereitgestellt hätte und die jetzt nicht mehr im kommunalen Bereich zur Verfügung ständen, bringe den Kreis in Schwierigkeiten, weil er bereits heute unter sehr engen

finanziellen Bedingungen arbeiten müsse. Die Verantwortlichen bei Bund und Land müssten sehr genau hinschauen, was den Kommunen noch zumutbar sei. Vor 10 Jahren seien nur 3 von 19 Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis im Haushaltssicherungskonzept gewesen, heute seien es bereits 16.

Zur Haushaltssituation des Rhein-Sieg-Kreises führte Ltd. KVD Allroggen aus, der JA-Haushalt 2006 sei so eng wie noch nie, er sei „auf Kante genäht“. Im Vorfeld seien mehrfach Korrekturen erforderlich gewesen. Die Orientierung sei streng an den Rechnungsergebnissen 2005 erfolgt. Zu betonen sei, dass nach der Beschlussfassung des Ausschusses der Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige als weitere Aufgabe übernommen worden sei. Der Landrat habe diesen Punkt im letzten Gespräch mit den Bürgermeistern erörtert. Dabei sei vereinbart worden, soweit irgendwie möglich die zusätzlich notwendigen Mittel in Höhe von 250.000 € durch Umschichtung bereitzustellen. Daraufhin sei vom Jugendamt noch einmal der Haushaltsansatz überarbeitet worden mit dem Ergebnis, dass etwa 100.000 € umgeschichtet werden konnten. Als nächstes habe die Verwaltung ein weiteres Gespräch in einer Arbeitsgruppe mit mehreren Bürgermeistern geführt. Dort sei darüber gesprochen worden, dass es vertretbar erscheine, im Bereich der Hilfen für junge Volljährige nochmals eine Ansatzreduzierung um 50.000 € vorzunehmen. Darüber hinaus sei einmütiges Ergebnis des Gespräches zwischen den Bürgermeistern und der Verwaltung, dass eine weitere Mittelumschichtung ohne Änderung des Leistungsspektrums nicht mehr möglich sei. Als einzige Möglichkeit bleibe die Reduzierung von Leistungen. Diese Sachlage sei in der Haushaltsvorlage dargestellt. Es gehe um Ferienfreizeit- und Ferienaherholungsmaßnahmen, die in den vergangenen Jahren gut und regelmäßig bezuschusst worden seien. Das wäre die einzige Leistung, die überhaupt in Frage käme und zwar nicht als Umschichtung, sondern als deutliche Reduzierung des Leistungskataloges.

Ltd. KVD Allroggen appellierte daran, bei Entscheidungen zum Haushalt auf die mittel- und langfristigen Auswirkungen zu achten. Als Beispiel möchte er benennen, dass aus PISA die Erkenntnis einleuchte, dass die Bildungschancen sehr eng mit dem sozialen Status zusammen hängen, d.h. man müsse ein besonderes Augenmerk auf die Kinder und Jugendlichen haben, die voraussichtlich nicht die Aussicht oder die Fähigkeit haben, ihren Bildungsrahmen optimal zu gestalten. Defizite zeigten sich zwangsläufig erst nach mehreren Jahren, dann seien die jetzt Erwachsenen in einem Stadium, wo man nicht mehr helfen könne, sie seien ohne Schulabschluss, ohne Beruf, ohne Chance auf ein eigenständiges und eigenverantwortliches Leben.

Der Vorsitzende dankte Ltd. KVD Allroggen für die ausführliche Einführung zum Haushalt. Der Vorsitzende erklärte, er sei zu dem Gespräch des Landrates mit den Bürgermeistern eingeladen gewesen. An dem Gespräch der Arbeitsgruppe aus Bürgermeistern und Verwaltung habe er aber nicht teilgenommen. Zur Klarstellung sei gesagt, die Arbeitsgruppe habe einen Vorschlag zur Konsolidierung von 150.000 € gemacht und diesen an den Ausschuss herangetragen (siehe Vorlage). Die Entscheidung hierüber liege beim Ausschuss und letztendlich beim Kreistag. Es sei natürlich ein legitimer Wunsch der Bürgermeister, in ihrer finanziell schlechten Haushaltsslage, einmal in Sachen Jugendamtshaushalt mitreden zu dürfen.

Auf Frage des Mitgl. Seelbach sagte KVD´in Schrödl, die Ansätze im Unterabschnitt 4510 seien dem Rechnungsergebnis 2005 angepasst worden. Auf Wunsch der Mitglieder sind diese der Niederschrift beigefügt (**Anlage 2**).

Zur Klarstellung wies der Vorsitzende darauf hin, dass nach seiner Kenntnis der vorgelegte Entwurf der Mittelanforderungen 2006 keinerlei Streichungen enthalte. Der Jugendhilfeausschuss werde in der nächsten Sitzung darüber beraten und auch die Vorschläge der Arbeitsgruppe mit einbeziehen.

KVD´in Schrödl wies darauf hin, dass Fragen aus der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.01.2006 (siehe Anlage 1) zum Teil in der Vorlage zu Top 3 enthalten seien. Die weitere Antwort, die KVD´in Schrödl in der Sitzung gab, ist als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügt. Abg. Hauser erklärte die Anfrage als beantwortet und erledigt.

Auf Frage des Abg. Hauser sagte KVD´in Schrödl, die Verwaltung sei zurzeit in der Überlegung, wie eine Gebührensatzung zur Erhebung von Elternbeiträgen aussehen könnte.

Der Ausschuss werde frühzeitig informiert und beteiligt werden.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Entwurf der Mittelanforderungen für das Budget des
39/06 Jugendamtes für das Jahr 2006 in der vorliegenden Form zustimmend zur Kenntnis.

Abst.- **einstimmig**
Erg.: